

Surses in der solaren Zwickmühle

Die Debatte um das alpine Fotovoltaikprojekt in der Val Nandro bei Savognin läuft zwei Wochen vor der Abstimmung auf Hochtouren.

von Jano Felice Pajarola

Seine erste Amtsperiode beginnt mit einer umstrittenen Vorlage. Daniel Wasescha hat keinen sanften Start als neuer Gemeindepräsident von Surses – an diesem Montagabend Mitte Januar geht es in der Sala Grava in Savognin vor vollen Rängen ganze dreieinhalb Stunden lang um das Projekt Nandro Solar. Die Gemeinde und die Bauherrin, die Energieunternehmung EWZ, informieren; dann ist unter der Ägide der FDP Surses eine Podiums- und Publikumsdebatte angesagt. Als Wortführer der Gegnerschaft mit dabei: Tourismuspräsident Luzi Thomann und Martin Bosshardt von der in Radons tätigen Berghuus Gastro AG. Eine Frage, die sich im Lauf des Abends als zentral erweist: Ist der regionale Schutz der Landschaft wichtiger als ein Beitrag an die Verhinderung des globalen Klimawandels?

Einsehbarkeit «massiv» reduziert

Vorerst aber haben die EWZ-Vertreter das Wort. Wieso Nandro Solar? Für Philippe Heinzer, Leiter des EWZ-Geschäftsbereichs Energie, ist klar: Der Standort ist schlicht ideal, und das unter allen Aspekten, das Projekt reif und mit den Interessengruppen vor Ort abgestimmt, unter anderem habe man die Einsehbarkeit der Anlage von Radons aus nach Gesprächen mit der Tourismusinteressenz «massiv» reduziert. Ingenieur Gian Jegher wiederum, Projektleiter des Planerteams, will «Halbwahrheiten und Falschaussagen» korrigieren, die ihm zufolge im Umlauf sind.

Beispielsweise zum Alpbetrieb: Landwirte hätten Bedenken geäussert, das Grossvieh könne sich in Stresssituationen an den Stützen der Solartische verletzen; deshalb habe man die Konstruktion optimiert, und am Plantahof werde diesen Winter das Verhalten der Tiere in einer Testanlage beobachtet. Oder zum Materialtransport: Ja, es brauche Helikopterflüge für die Feinverteilung der Bauteile im Perimeter – nicht aber während der Hochsaison-Monate Juli und August, dann werde man eine Seilkrananlage einsetzen. Schliesslich zu Flora und Fauna: Da werde man besonders vulnerable Flächen wie die Quellvegetationen am Piz Cartas ausscheiden, was seitens der Umweltverbände offenbar nicht zur Kenntnis genommen worden sei.

«Nicht Radons kaputt machen»

Und die finanzielle Entschädigung? Da habe man Surses ein «sehr faires Angebot unterbreitet», so Heinzer. «Die Gemeinde hat gut und hart verhandelt.» Er meine sogar, es sei die aktuell beste Vergütung bei einem Solarprojekt in Graubünden. Surses bekäme zwischen

400 000 und 660 000 Franken im Jahr (Ausgabe vom Montag). Doch diese Summe überzeugt die Gegnerschaft nicht. «Nandro Solar ist ein Projekt ohne Mehrwert», konstatiert Thomann in der Podiumsdiskussion, geleitet von Radio-Südostschweiz-Moderatorin Katharina Balzer, «beeinträchtigt aber die Attraktivität von Radons. Wollen wir wirklich 650 000 Quadratmeter der schönsten Lage mit Solarpanels tapezieren?» Die Sursetter Tourismusstrategie mit dem Slogan «So nah an einer anderen Welt» könne man dann «kippen». «Wir sind nicht gegen Solarenergie, es ist einfach am falschen Ort. Wir dürfen nicht Radons kaputt machen, um 400 000 Franken im Jahr zu bekommen.»

Bosshardt sieht es nicht anders – und er sieht das weit herum bekannte «Berghuus» bedroht durch «drei Jahre Heliflüge». Nandro Solar sei «ein krasser Widerspruch» zu Radons als «Leuchtturm» für sanften Tourismus. Man werde Gäste einbüßen. «Wir torpedieren unser Marketingversprechen», gibt es Sukkurs aus dem Publikum. «Die beste Weide geht verloren», moniert ein Alpemeister. Betreffend erneuerbare Energien «haben wir im Surses unseren Teil geleistet», meint ein Dritter. Für die Pro-Seite auf dem Podium hingegen geht der regionale Schutz der Landschaft nicht vor: Vizegemeindepräsident Adrian Ballat und Unternehmer Enrico Uffer setzen die Prioritäten bei der globalen Solidarität und sehen Nandro Solar «als Chance».

Lokales Opfer, globaler Gewinn

Das Vorhaben könne ein «Booster» sein für den längst gewünschten Ausbau der Skigebietsinfrastruktur in Radons, findet Ballat. «Es ist der richtige Strom im richtigen Moment», ergänzt Uffer. Und hat eine Schelte für Thomann in petto: Es könne nicht sein, dass die Tourismus-AG öffentlich gegen ihre Hauptaktionärin, die Gemeinde, aufträte. Ja, Nandro Solar sei ein Eingriff in die Landschaft, sagt Ballat, «aber es ist gleichzeitig ein Weg, die Natur zu schützen» – was man lokal opfere, bedeute global einen viel grösseren Gewinn für die Natur. «Wir können als klimafreundliche Destination Solidarität zeigen.» Werbewirksam und durchaus passend zu «So nah an einer anderen Welt», findet Ballat.

Eines der letzten Voten hält ein Tourist. «Von uns ist ja so viel die Rede», meint er. Und verspricht, er – und nicht nur er – werde auch nach dem Bau von Nandro Solar nach Surses kommen. «Und die zwei, die das dann nicht mehr wollen, wird Luzi Thomann schon vom Gegenteil überzeugen können.» Wie überzeugt die Stimmbevölkerung in Surses von Nandro Solar ist, wird sich am 29. Januar zeigen.



Bündner Autofahrer deckt Blitzerfalle auf

Ein Bündner Autofahrer wird im Kanton Glarus geblitzt. Weil er die Tempobusse nicht auf sich sitzen lässt, deckt er 600 weitere mutmasslich ungerechtfertigte Bussen auf.

von Friedolin Rast

Tempo 50 statt Tempo 80 auf der Kerenzerstrasse unterhalb von Beglingen im Kanton Glarus. Wer im Frühling 2021 talwärts gegen Mollis fuhr, sollte wegen einer Baustelleneinfahrt diese Temporeduktion beachten. Doch die Tempo-50-Tafel war so ungünstig aufgestellt, dass sie kaum zu sehen war. Darum entschied das Glarner Obergericht: Die Bussen, die gegen rund 600 Autofahrerinnen und Autofahrer ausgesprochen worden sind, müssen aufgehoben oder reduziert werden.

Erstritten hat diesen Entscheid ein Bündner Autofahrer, der eine happige Busse nicht auf sich sitzen lassen wollte. Und sein Anwalt, der sich einen cleveren Videotricks einfallen liess.

Fahrer sichern Fotobeweis selbst

Er muss als einer der ersten Fahrer geblitzt worden sein, erinnert sich der Bündner Autofahrer, der anonym bleiben will. «Aber ich habe es gar nicht gemerkt.» Geblitzt wurde auch ein Kollege in einem anderen Auto. Weil dieser schneller war, habe eine Polizeipatrouille ihn angehalten und damit konfrontiert, er sei mit brutto 99 und nach dem Sicherheitsabzug netto 94 Stundenkilometern gemessen worden. Worauf sein Kollege reagiert habe: «Dann war ich 14 Kilometer zu schnell – kann ich die Busse gleich bezahlen?»

Ungläubig mussten er und sein Kollege dann aber hören, dass nicht etwa Tempo 80 gelte auf der Radar-Messstrecke, sondern Tempo 50. «Wir sind dann beide miteinander zurückgefahren und wollten uns das ansehen.»

Was sie auf der Stelle nochmals sahen und mit Fotos dokumentierten, beschreibt der Autofahrer so: Im Weiler Beglingen gilt Tempo 50. Dort hatten sie eine Strassenbaustelle mit Ampel und einer einzigen Fahrspur passiert. «Dann eine Kehre nach rechts, Ende Tempo 50 und eine Kehre nach links.» Und dann eine lange Gerade.

Tatsächlich entdeckten die beiden Autofahrer jetzt jene Tempo-50-Tafel, auf welche sich die Polizei berief. «Aber die stand schlecht sichtbar in der Hälfte der Kehre am rechten Rand, während man doch hier schon nach

links zum Kurvenende hin schaut.» Ausserdem habe es auf der folgenden Geraden keinerlei Hinweise auf eine Baustelle oder sonstige Gefahrenstellen gegeben.

Jetzt geht es ums Prinzip

Es folgten offenbar einige Unklarheiten. Der Bündner war – nach Abzug der Sicherheitsmarge – mit netto 75 Stundenkilometern gemessen worden. Innerorts hätte man ihm damit den Ausweis gleich entzogen, ausserorts verurteilte ihn die Glarner Staatsanwaltschaft zu einer Busse von 400 Franken. Bei der Einvernahme habe der Glarner Polizist die Tempokontrolle mit starkem Verkehr und Lärm-belästigungen begründet und nicht mit der – am Osterwochenende ruhenden – Baustelle. Der Autofahrer wiederholt seine Frage von damals: «Und warum stand denn das Signal mitten in der Kurve?» Denn wenn die Tafel sichtbar gewesen wäre, «dann wäre auch Tempo 30 für mich in Ordnung gewesen». Eine Woche später sei die Tafel dann an den Anfang der Kehre verschoben worden – «das war für mich eine Art Schuldeingeständnis der Polizei».

«Ich hätte mir einen Ausweisentzug auf keinen Fall leisten können, weil ich beruflich aufs Auto angewiesen war», erklärt der Mann. Deshalb legte er Beschwerde ein – trotz gegenteiligem Rat der Rechtsschutzversicherung, die seine Busse ohne Umstände bezahlt hätte. Und: «Mir gings ums Prinzip.»

Obergericht kehrt das Urteil

Was folgte, waren die Anklage durch die Staatsanwaltschaft und die Verhandlung vor dem Kantonsgericht. Dort griff der Glarner Anwalt des Bündners in die psychologische Trickkiste: «Mein Anwalt hat ein Video ge-

zeigt, das dem Auge des Fahrers durch die Kehre folgt, und dann das Gericht gefragt, was auf der Tafel stand», erzählt der Autofahrer. Das Gericht habe «klar Tempo 80» gesehen. «Doch der Anwalt hatte für das Video statt einem Temposchild eine Parkverbotstafel hingestellt und die war im Video niemandem aufgefallen.»

Dennoch sprach das Kantonsgericht den Bündner ebenfalls schuldig, es reduzierte aber die Busse etwas. Er sagt: «Mit der Begründung, man habe die Tafel zwar nicht gut gesehen, hätte sie aber sehen können.» Nun wollte es aber auch die Rechtsschutzversicherung genau wissen, wie der Bündner erklärt. Also zog er den Fall an die nächste Instanz weiter.

Das Obergericht hat dann keine Zweifel mehr geäussert. Es hat den Bündner im November 2023 freigesprochen und klar gesagt, die Tempo-50-Tafel sei so schlecht sichtbar gewesen, dass sie eigentlich gar nicht gegolten habe. Ausserdem hätte sie abgedeckt werden müssen, weil die Baustelle über die Feiertage ruhte und von ihrer Einfahrt keine Gefahr für den Verkehr ausgegangen sei.

Kämpfer für Gerechtigkeit

Folgen hat das beileibe nicht nur für den einzelnen Autofahrer. Für rund 600 andere Auto- und Motorradfahrer und -fahrerinnen ist er zum Kämpfer für Gerechtigkeit geworden. So viele waren laut dem Obergericht ebenfalls geblitzt worden. Und damit jeder Vierte von allen, die durchgefahren sind. Laut dem Urteil ist dieser Anteil doppelt so hoch wie sonst bei Tempokontrollen der Glarner Kantonspolizei.

Der Polizei hat das Obergericht für ihre Radarmessung am Feiertag auf freier Strasse eine Rüge erteilt. Das Gericht sieht sie als «mutwillig» und für die Verkehrssicherheit unnötig an. Das Obergericht hat Polizei, Staatsanwaltschaft und Kantonsgericht angewiesen, die rund 600 Fälle neu zu beurteilen. Die Folge dürften sehr viele Freisprüche und etliche mildere Bussenzettel oder Verurteilungen sein.

Dies aber erst, wenn das Urteil vom Bundesgericht bestätigt wird. Auch die unterlegene Staatsanwaltschaft will nun eine Überprüfung des Verfahrens, das zum Pilotfall geworden ist. Sie hat Beschwerde gegen den Freispruch eingeleitet.



Wehren sich: «Berghuus»-Vertreter Martin Bosshardt (rechts) und Tourismuspräsident Luzi Thomann gehören zur Gegnerschaft des Projekts Nandro Solar. Bild: Jano Felice Pajarola

Für rund 600 andere Auto- und Motorradfahrer und -fahrerinnen wurde der Bündner zum Kämpfer für Gerechtigkeit.